

P R E S S E M E L D U N G

Deponie Mainzer Steinbruch: Erörterungstermine im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens stehen fest - Letzte Chance um über die Einsprüche zu diskutieren!

Die Bürgerinitiative (BI) fordert von der Struktur- und Genehmigungsbehörde Süd (SGD Süd) einen transparenten und für jede Bürgerin und jeden Bürger verständlichen Ablauf der bevorstehenden Erörterungstermine.

Die SGD Süd teilte auf Nachfrage der Bürgerinitiative „Keine Mülldeponie im Mainzer Steinbruch“ (BI) mit, dass es mindestens zwei Termine zur Erörterung zum Planfeststellungsverfahren der Sonderabfalldeponie im Mainzer Steinbruch geben wird. Diese werden der 10./ 11. Dezember und optional noch der 12. Dezember sein.

Die Termine starten jeweils um 10:00 Uhr. Eine Uhrzeit für das Ende am jeweiligen Tag wurde leider nicht genannt.

Die Erörterung wird im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz stattfinden.

An diesen Erörterungsterminen können alle Mainzer Bürgerinnen und Bürger teilnehmen. Sie dürfen direkt und voraussichtlich zum letzten Mal mit den verantwortlichen Parteien, Entsorgungsbetriebe Mainz und SGD Süd, diskutieren.

"Wir freuen uns auf den Termin, da nun jeder berechtigte Einwand öffentlich angesprochen werden kann und die Genehmigungsbehörde sowie die Entsorgungsbetriebe Stellung nehmen müssen. Ebenso hoffen wir auf einige Pressevertreter" sagt BI-Sprecher Antonio Sommese.

Die BI hat über vier Jahre immer wieder gegenüber der Stadt, den Entsorgungsbetrieben und der SGD Süd ihre Bedenken geäußert: beispielsweise über den ungeeigneten Standort und den zur Ablagerung beabsichtigten, mit Schadstoffen belasteten, Abfällen.

So ist der Kalkstein viel zu porös und nicht tragfähig und ob die von den Entsorgungsbetrieben beabsichtigte teure „Rüttelstopfverdichtung“ erfolgreich ist, wurde noch bei keiner Deponie erprobt. Der Abstand zum Deponiekörper von teilweise nur 100 Metern ist viel zu gering und bei keiner neu errichteten Deponie jemals genehmigt worden.

Die Abfälle enthalten nicht unerhebliche Mengen an giftigen, krebserzeugenden oder erbgutverändernden Stoffen. Dies können Dioxine, Asbest oder Schwermetalle sein, die mit dem Staub in die direkt angrenzenden Wohngebiete getragen werden können.

„Wir möchten in den Erörterungsterminen an den gesunden Menschenverstand der Verantwortlichen bei der Behörde appellieren. Mit der Unterstützung von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern werden wir diesen gesundheitsschädlichen und ökologischen wenn nicht sogar ökonomischen Unsinn einer Sonderabfalldeponie in nächster Nachbarschaft zu drei Wohngebieten mit vielen kleinen Kindern verhindern.“ ergänzt Dr. Gitta Weber.



Datum: 14.11.2019

Zeichen: MW

Anschrift
Martin Wilitzki
Dora-Scherf-Str. 38
55130 Mainz

Telefon 0151/ 230 710 87

E-Mail: martin.wilitzki@web.de

Homepage:
<http://www.mainz21.de>

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins wird im Amtsblatt der Stadt Mainz, im Internet auf der Homepage der SGD Süd sowie bei Vorhaben im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP-Verbund) erst in der letzten Novemberwoche (KW. 48) erfolgen, teilte die Behörde mit.

Die Stadt Mainz plant eine Sonderabfalldeponie für die Deponieklassen I und II im Steinbruch Mainz. Die BI lehnt die Deponie strikt ab. Wir möchten die dort lebenden Menschen und die dortige Umwelt keinen zusätzlichen, nicht kalkulierbaren Risiken aussetzen. Daher bestehen wir auf eine Verfüllung des Steinbruchs – wie ursprünglich von der Stadt gegenüber der HeidelbergCement gefordert und genehmigt – mit unbelastetem Erdaushub.

